

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung des Integrationsrates am Donnerstag, 20.01.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hamza El Halimi SPD

stell. Vorsitz

Herr Martin Falke CDU

ordentliche Mitglieder

Frau Aynur Bucan Türkisch-Islamische

Gemeinde

Herr Cosimo Dell'Abate

Frau Monika Grünke-Klapdor CDU

Frau Sabine Kittel CDU

Herr Michael Rupp CDU

Frau Efthalia Banti SPD

Herr Marco Martins Pereira SPD

Frau Chariklia Brüning DIE LINKE

Fraktionen

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Oliver Kohl Allianz für Hilden

Frau Henrike Lindenberg SPD für Frau Kollender

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marlon Buchholz AfD

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Marie-Thérèse Barbezat-Rosdeck Stadt Hilden

Herr Benjamin Roth Stadt Hilden

Herr Tobias Wobisch Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Verwendungsnachweise der zweckgebundenen Einzelzuschüsse der Migrantenvereine in 2021
WP 20-25 SV 50/047
- 3 Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
WP 20-25 SV 50/049
- 4 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Hilden
WP 20-25 SV 50/050
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Herr El Halimi, Vorsitzender, begrüßte die Mitglieder des Integrationsrates, eröffnete die 5. Sitzung und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen worden war und die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen seien. Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

Änderungen zur Tagesordnung

Keine

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortbeiträge.

-
- 1 Befangenheitserklärungen
-

Keine

Herr Buchholz/AfD erkundigte sich in Bezug auf Anlage 1.6 was mit den dort genannten Beträgen „614 € Kostenerstattung“ und „50 € Telefonkosten“ genau bezahlt worden sei.

Herr Wobisch antwortete, dass für das Projekt Telefonguthaben („Aldi Talk“) im Wert von 50 € gekauft wurden, da die Koordination und Absprachen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausschließlich telefonisch bzw. „online“ erfolgte.

Bezüglich des Betrages von 614 € konnte Herr Wobisch spontan keine Auskunft geben, sagte aber zu, nach einem Blick in die vom Verein eingereichten Belege, die Antwort im Protokoll nachzureichen.

Sie lautet wie folgt:

Der Verein hatte zwischen April und November 2021 12 Tagesausflüge organisiert. Der ausgewiesene Betrag von 614 € setze sich aus Fahrtkosten und Eintrittsgeldern zusammen.

Der Integrationsrat nahm den Bericht der Verwaltung zur Verwendung der zweckgebundenen Einzelzuschüsse der Migrantenvereine im Jahr 2021 zur Kenntnis.

Frau Kehmeier/Bündnis90/DieGrünen erkundigte sich nach den Wartezeiten bei der Ausländerbehörde. Sie hatte davon gehört, dass z. B. Fiktionsbescheinigungen, die dringend benötigt würden, nur mit großer Verzögerung ausgestellt würden.

Herr Roth bestätigte diesen Eindruck und erklärte dies durch einen erhöhten Arbeitsaufwand aufgrund der Pandemie. Auch die Ausländerbehörde in Mettmann sei von Verzögerungen betroffen.

Herr Buchholz/AfD ging auf die Gesamtzahl der derzeit in Hilden untergebrachten Flüchtlinge ein und erkundigte sich bei der Verwaltung, ob es in Zukunft möglich sei, diese Angabe nach Geschlecht (männlich/weiblich/divers) aufzuschlüsseln und eine Angabe zum Durchschnittsalter zu erstellen.

Frau Barbezat-Rosdeck erwiderte, dass diesem Wunsch grundsätzlich entsprochen werden kann. Sie wandte allerdings ein, dass jemand, der „divers“ sei, sich möglicherweise für die Nennung von männlich oder weiblich entschieden habe. Außerdem könne, sofern nur eine sehr geringe Anzahl von Personen divers ist, eine Bekanntmachung der Anzahl einen Verstoß gegen den Datenschutz darstellen.

Herr Falke/CDU lobte das Interesse der AfD an Detailfragen und drückte seine Hoffnung aus, dass die AfD entsprechend konstruktiv mit den nachgefragten Informationen umgehen werde.

Herr Beier/Bürgeraktion erkundigte sich, wie es zu den großen Abweichungen käme, die in der Sitzungsvorlage zwischen den im Finanzplan veranschlagten Ansätzen und den tatsächlich zu erwartenden Erträgen für das Jahr 2022 ausgewiesen wurden.

Frau Barbezat-Rosdeck teilte mit, dass dies mit der Reform des Landesaufnahmegesetzes (FlüAG) zu erklären sei.

1. Rückwirkend zum 1. Januar 2021 habe das Land die monatliche FlüAG-Pauschale von 866 € pro Person auf 875 € erhöht.
2. Kommunen erhielten für jede Person, die nach dem 31.12.2020 vollziehbar ausreisepflichtig sei, eine einmalige Pauschale in Höhe von 12.000 €. In Hilden seien dies 30 Personen.
3. Das Land lässt den Kommunen überdies „Ausgleichszahlungen“ zukommen für die Ausgaben, die die Kommunen für Personen hatten, denen bis zum 31.12.2020 eine Duldung erteilt worden war. Für die Jahre 2021 und 2022 erhält die Stadt Hilden in diesem Zusammenhang jeweils 700.000 €.

Herr Buchholz/AfD sagte, dass ein Bürger ihm mitgeteilt habe, dass die Unterkunft Beckersheide nicht mehr genutzt werde. Er bat hierzu um einen aktuellen Sachstand.

Frau Barbezat-Rosdeck antwortete, dass diese Information zutreffend sei. Da zwischenzeitlich weniger Flüchtlinge zugewiesen worden waren und es bei der Unterkunft Probleme mit dem Brandschutz gegeben habe, sei eine weitere Nutzung nicht mehr wirtschaftlich gewesen, sodass die Unterkunft nicht mehr belegt würde.

Frau Kehmeier/Bündnis90/Die Grünen bedankte sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für deren Arbeit mit Flüchtlingen in schwierigen Zeiten.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zur Kenntnis.

4 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Hilden WP 20-25 SV 50/050

Frau Kehmeier/Bündnis90 Die Grünen kündigte an, sich der Stimme zu enthalten. Sie erkundigte sich, wie die Veränderung für Obdachlose aussehe, wie viele Selbstzahler es gebe und schlug eine Staffelung für Selbstzahler bzw. eine Härtefallregelung vor. Sie bat um ein Rechenbeispiel, wie die Konsequenzen einer Änderung sich z. B. für eine 4-köpfige Familie auswirken würden.

Frau Barbezat-Rosdeck erklärte, dass z. B. ein erwerbstätiger Vater für die Benutzungsgebühren seiner Familie aufzukommen habe. Wenn das Einkommen nicht ausreichend wäre, könnten ergänzende Leistungen vom Jobcenter oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Anspruch genommen werden.

Frau Brandenburg/CDU vertrat die Meinung, dass der Integrationsrat die Sitzungsvorlage beschließen solle.

1. Beigeordneter Herr Eichner antwortete, dass eine Abstimmung im Integrationsrat möglich sei, und der Beschlussvorschlag entsprechend umformuliert würde.

Herr Beier/Bürgeraktion schloss sich dem Vorschlag von Frau Kehmeier/Bündnis90 Die Grünen an, was eine Staffelung der Gebühren und eine Härtefallregelung betrifft. Er äußerte, dass eine Erhöhung der Nutzungsgebühren um 62 zu offensiv sei.

Er hinterfragte zudem eine Differenz von ca. 200.000 € hinsichtlich der Angaben zu den Erträgen in der Tabelle der Sitzungsvorlage und der im Fließtext genannten Zahl. Im Fließtext sei ein wesentlich höherer zu erwartender Ertrag genannt, als ihn die „Finanziellen Auswirkungen“ (Tabelle) auswiesen.

Herr Roth erklärte, dass bei den Zahlen zwar bereits die geplante Benutzungsgebühr von 195 € zugrunde lägen, die Zahl im Fließtext berücksichtige jedoch die höhere prognostizierte Personenzahl von durchschnittlich 473,5 Personen für das Jahr 2022.

Frau Brüning/Die Linke erkundigte sich, ob die anteiligen 8 % Strompauschale eine neue Regelung darstellen.

Frau Barbezat-Rosdeck erklärte, dass diese Regelung bereits seit der Einführung des SGB2 existieren würde.

Der Integrationsrat stimmte der novellierten Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Hilden zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit drei Enthaltungen von Frau Kehmeier/Bündnis90/Die Grünen, Frau Brüning/Die Linke, Herrn Beier/Bürgeraktion.

(in Abwesenheit von Frau Aicha El Hasbouni/Islamisch-Marokkanisches Kulturzentrum Arrahman Moschee e.V., Frau Sema Polat-Papuc/SPD, Frau Julia Gerhard/FDP)

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

/ Datum
Vorsitzende

Tobias Wobisch / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
Beigeordneter